

Kinder brauchen Frieden

Fakten aus dem aktuellen „Krieg gegen Kinder“-Bericht von Save the Children

Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick:

- Jedes sechste Kind – rund 468 Millionen – lebte 2022 in einem Konfliktgebiet.
- Die Zahl der Kinder, die in Konfliktgebieten leben, ist trotz Schwankungen über die Jahre insgesamt angestiegen. 2022 betrug der Anstieg **2,8 Prozent** gegenüber 2021.
- **27.638 Verbrechen an Kindern** in Konfliktgebieten wurden im Jahr 2022 dokumentiert – das ist die höchste Zahl, seit die Vereinten Nationen (UN) 2005 damit begonnen hatten, Berichte hierzu vorzulegen. Im Durchschnitt waren das 76 nachgewiesene Verbrechen am Tag, was einem Anstieg von **13 Prozent** gegenüber 2021 entspricht.
- Unter den dokumentierten Fällen waren **8.647 Kinder**, die getötet oder verstümmelt wurden. **7.610 Kinder** wurden durch Streitkräfte und bewaffnete Gruppen rekrutiert und eingesetzt – hier gab es einen Anstieg um **20 Prozent** gegenüber 2021.
- Die dokumentierten und bestätigten Vorfälle, in denen der Zugang zu humanitärer Hilfe verweigert wurde, haben seit 2018 in erschreckendem Maße zugenommen. 2022 waren es **3.931 Fälle**.
- Nach wie vor sind Kinder auch dort von bewaffneten Konflikten betroffen, wo sie eigentlich sicher sein sollten: Die Zahl der dokumentierten Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser stieg von 2021 bis 2022 um **74 Prozent – von 1.323 auf 2.308**.
- Nach der Analyse von Save the Children war die Demokratische Republik Kongo das Konfliktland, in dem die Situation für Kinder 2022 am schwierigsten war, gefolgt von Mali und Myanmar. Zu den zehn gefährlichsten Konfliktländern für Kinder zählten außerdem (in alphabetischer Reihenfolge) Afghanistan, Burkina Faso, der Jemen, Nigeria, Somalia, Syrien und die Ukraine.

Die drei Konfliktländer, in denen es 2022 am gefährlichsten war, ein Kind zu sein:

1. Demokratische Republik Kongo
2. Mali
3. Myanmar

Save the Children fordert alle Verantwortlichen auf:

- ... das Humanitäre Völkerrecht und internationale Standards einzuhalten.
- ... Kinder in Konfliktgebieten gezielt zu unterstützen und die dafür benötigten Gelder bereitzustellen.
- ... den Zugang zu humanitärer Hilfe zu ermöglichen und zu priorisieren.
- ... die Verantwortlichen für Verbrechen an Kindern in Konflikten zur Rechenschaft zu ziehen.
- ... die Perspektiven und Stimmen von Kindern anzuhören und in Entscheidungen einzubeziehen.

„Alle Kinder haben das Recht auf Schutz – ohne Wenn und Aber. Jedoch zeigt unser Bericht, dass immer mehr Kindern humanitäre Hilfe verweigert wird. Das ist nicht hinnehmbar. Im Gazastreifen etwa fehlt es Kindern und ihren Familien derzeit an allem. Sie müssen hungern und leben jeden Tag in Angst. Wir müssen zu jeder Zeit in der Lage sein, Kinder und ihre Familien in Konflikten mit humanitärer Hilfe zu erreichen, damit sie eine Chance auf ein sicheres Leben haben.“

– Florian Westphal, Geschäftsführer von Save the Children Deutschland

Zur Methodik des Berichts

Save the Children stützt sich bei dem Bericht auf Daten des „Peace Research Institute Oslo“ (PRIO) und des Uppsala Conflict Data Program's Georeferenced Event Dataset (UCDP GED) sowie auf eigene Analysen der Berichte des UN-Generalsekretärs zu Kindern und bewaffneten Konflikten (UN CAAC) von 2005 bis 2022. Anders als in den UN-Berichten wurden zusätzlich verifizierte Fälle der militärischen Nutzung von Krankenhäusern und Schulen bei den Verbrechen gegen Kinder aufgenommen. Es handelt sich bei den Zahlen um Schätzungen, außer bei der Zahl der dokumentierten Verbrechen an Kindern.

Unter einem Konfliktgebiet versteht der Bericht den Bereich im Radius von 50 Kilometern um einen Ort, an dem in einem Jahr mindestens ein Konfliktereignis stattfand, also eine Einzelsituation mit Toten – entweder durch die Auseinandersetzung zwischen bewaffneten Gruppen oder durch einen Anschlag auf die Zivilbevölkerung durch eine oder mehrere Gruppen.



Detaillierte Daten und Informationen finden sich hier:
<https://data.stopwaronchildren.org>

Der vollständige Bericht ist hier zu lesen:
www.savethechildren.de/krieg-gegen-kinder-23

Wie viele Kinder leben in Konfliktregionen?

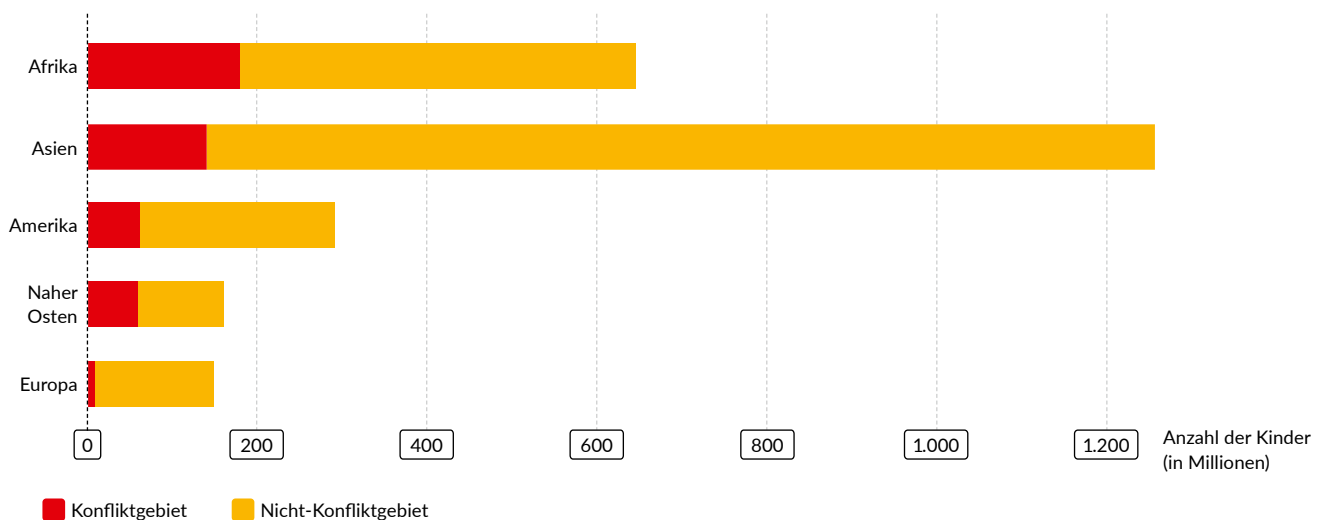
Jedes sechste Kind – schätzungsweise 468 Millionen weltweit – lebte 2022 in einem Konfliktgebiet. Das ist ein Anstieg um 2,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr und deutlich mehr als noch vor 30 Jahren: Die Zahl hat sich seit Mitte der 1990er Jahre fast verdoppelt. Trotz einiger Schwankungen ist sie über die Jahre immer mehr angestiegen.

Afrika war der Kontinent, auf dem 2022 in absoluten Zahlen die meisten Kinder lebten, die von einem bewaffneten Konflikt betroffen waren (183 Millionen). Es folgen Asien (145

Millionen), Amerika (69 Millionen), der Nahe Osten (63 Millionen) und Europa (9 Millionen).

Aber: Betrachtet man diese Zahlen im Verhältnis zur Zahl aller Kinder in einer Region, ändert sich das Bild. Denn trotz der hohen Zahlen in Afrika leben auch dort viele Kinder in friedlichen Regionen. Besonders hoch ist der Anteil der von Konflikten betroffenen Kinder im Nahen Osten: Hier lebte 2022 jedes dritte Kind in einem Konfliktgebiet.

Regionale Verteilung



Zahl der Kinder, die im Jahr 2022 in Konfliktgebieten lebten

Die gefährlichsten Konfliktländer für Kinder

Auf Grundlage der UN-Dokumentation von Verbrechen an Kindern in Konfliktgebieten, der Anzahl der Kinder, die in betroffenen Regionen leben, ihr Anteil an der Gesamtzahl aller Kinder im Land und Daten zur Konfliktintensität haben wir eine Rangfolge der zehn Länder erstellt, in denen die Risiken für Kinder demnach am höchsten waren. Die gefährlichsten Länder für Kinder in Konflikten waren im Jahr 2022 (in alphabetischer Reihenfolge):

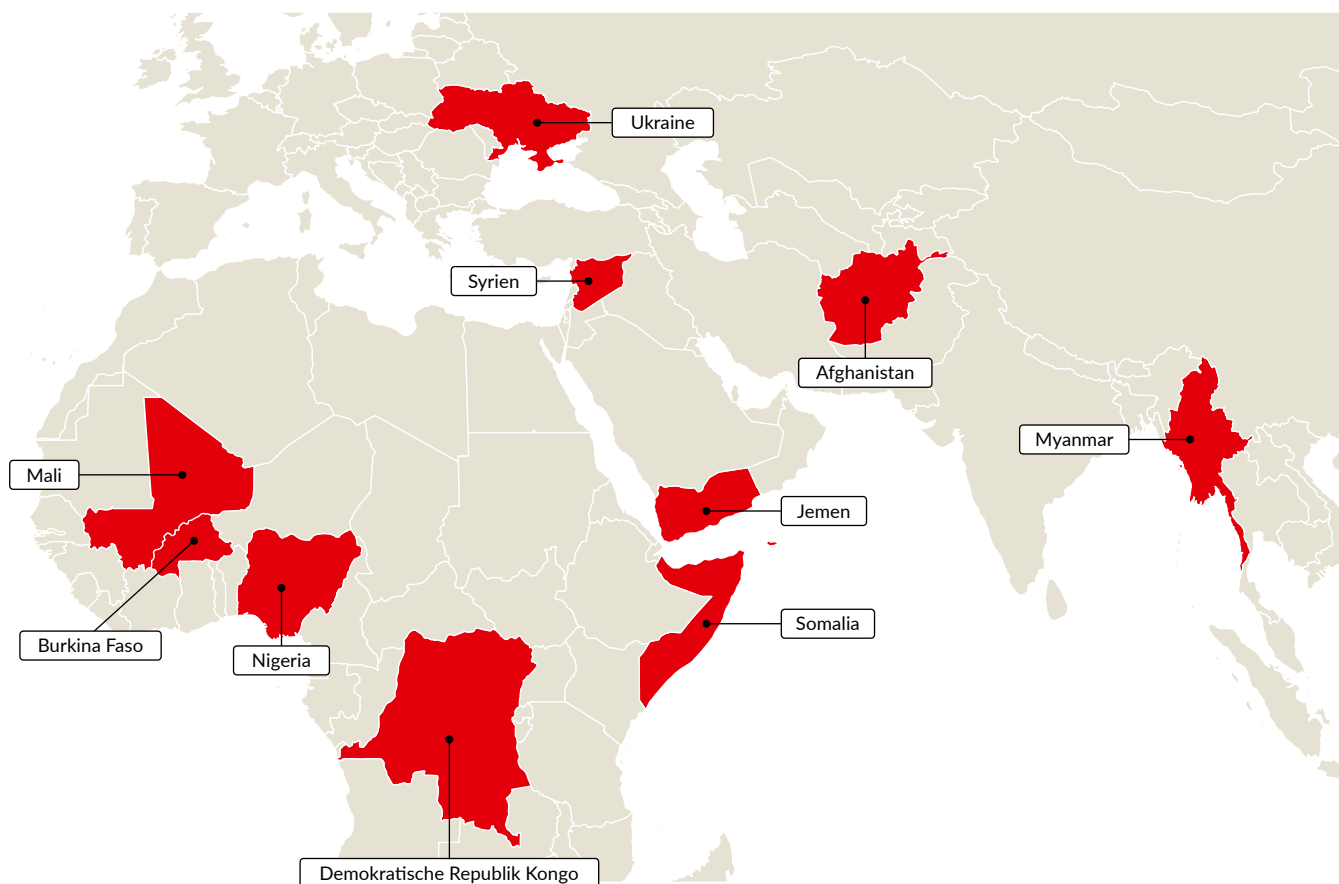
Afghanistan, Burkina Faso, Demokratische Republik Kongo, Jemen, Mali, Myanmar, Nigeria, Somalia, Syrien und die Ukraine.

Die drei gefährlichsten Konfliktländer für Kinder waren 2022 die Demokratische Republik Kongo, Mali und Myanmar.

„Wir haben jeden Tag Angst, schon das kleinste Geräusch erschreckt uns, selbst wenn nur ein Luftballon platzt. Das liegt am Knallen der Waffen und an den Explosionen, die es fast täglich gibt. Viele unserer Freunde, die ihre Heimat verlassen mussten, haben außerdem Schwierigkeiten, genug zu essen zu finden.“

– 14-jähriges Mädchen aus Burkina Faso

Die gefährlichsten Länder für Kinder in Konflikten im Jahr 2022



Verbrechen an Kindern in Konflikten

Der UN-Sicherheitsrat legte 1999 sechs Kategorien von Verbrechen an Kindern in Konfliktgebieten fest. Seit 2005 werden sie über ein Monitoring- und Reporting-System dokumentiert und überprüft, mit dem Ziel, Verbrechen und Verantwortliche zu identifizieren und sie politisch zur Rechenschaft zu ziehen. Dokumentiert werden ausschließlich Taten, die von Konfliktparteien begangen werden. Die Dunkelziffer ist überall hoch. Die Zahlen zeigen daher nur die Spitze des Eisbergs.

27.638 Verbrechen an Kindern wurden 2022 dokumentiert und bestätigt – die höchste Zahl seit Beginn der Dokumentation. Die Länder, in denen die meisten dieser Verbrechen dokumentiert wurden, waren 2022 die Demokratische Republik Kongo, die Palästinensischen Gebiete, Somalia, Syrien, die Ukraine, Afghanistan und der Jemen.

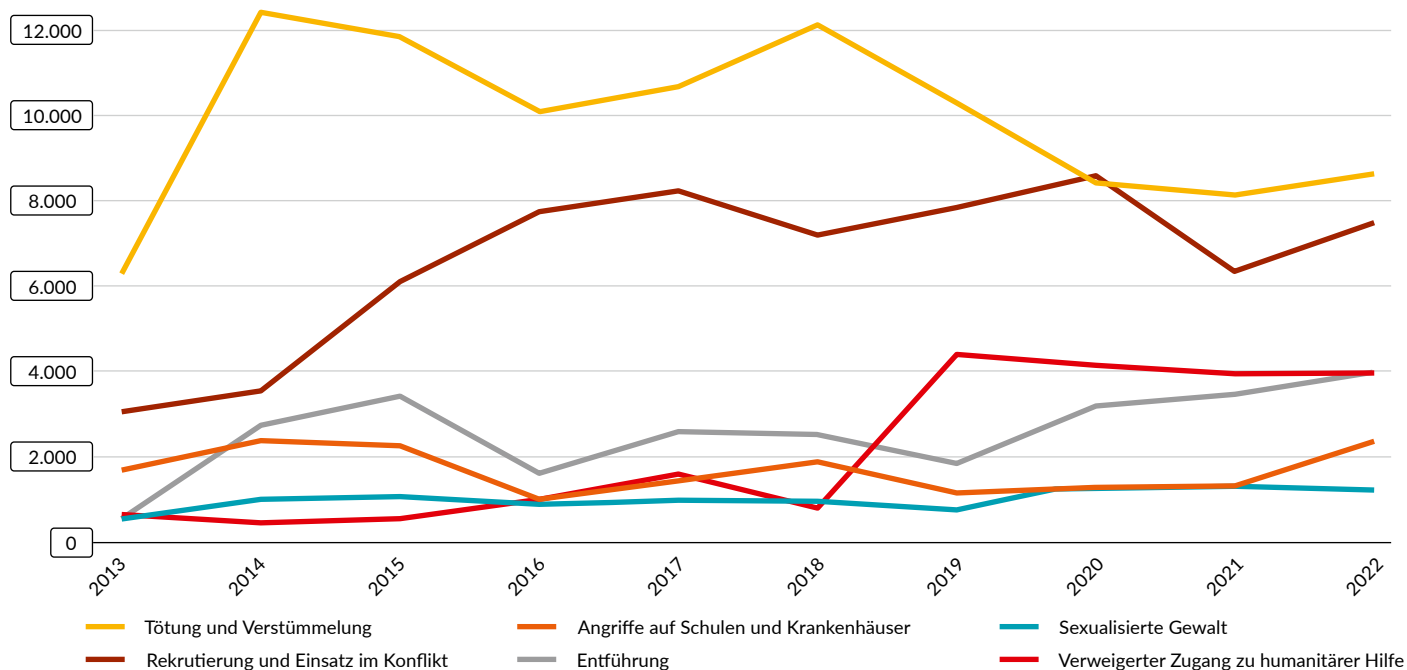
Unterschiede zwischen den Geschlechtern

Viele der Verbrechen treffen Jungen und Mädchen unterschiedlich häufig. Zwar gibt es einen Anstieg bei den Mädchen, die getötet oder verstümmelt wurden, ebenso bei denen, die von Konfliktparteien rekrutiert wurden. Doch der Anteil der Jungen ist mit 86 Prozent der rekrutierten und 70 Prozent der getöteten oder verstümmelten Kinder noch immer deutlich höher. Mädchen erfahren hingegen deutlich mehr sexualisierte Gewalt.

Kinder mit Behinderungen

Eines von zehn Kindern weltweit lebt mit einer Behinderung – und 16 Prozent davon sind auf bewaffnete Konflikte zurückzuführen. Diese Kinder sind einem höheren Risiko im Konflikt ausgesetzt und sie haben es schwerer, humanitäre Hilfe in Anspruch zu nehmen. Dennoch wird ihre Situation oft nicht ausreichend in den Blick genommen.

Verbrechen an Kindern in bewaffneten Konflikten

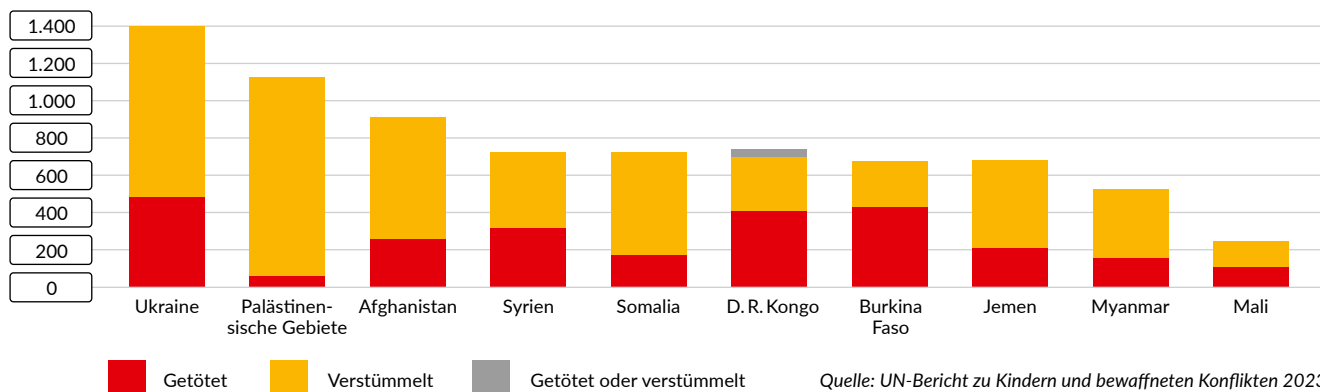


Die Entwicklung der sechs schweren Verbrechen an Kindern in den vergangenen zehn Jahren
(Analyse der UN-Berichte zu Kindern und bewaffneten Konflikten 2013 bis 2022 durch Save the Children)

Obwohl die Zahlen 2022 insgesamt zunehmen, gibt es in einzelnen Konfliktländern, wie Afghanistan, Somalia und dem Jemen, einen deutlichen Rückgang, allerdings nicht bei allen dokumentierten Verbrechen. Bei allen Schwankungen über

die Jahre gibt es eine Tatsache, die sich nicht ändert: Egal, in welchem Konflikt und welches Kind betroffen ist: **Jedes dieser Verbrechen ist eines zu viel.**

Länder mit der höchsten Zahl von Kindern, die 2022 in einem Konflikt getötet oder verstümmelt wurden



Tötung und Verstümmelung von Kindern

Dieses Verbrechen war 2022 das häufigste, das die UN dokumentierte: Insgesamt 8.647 Fälle waren es, darunter 2.982, in denen Kinder getötet wurden.

Die höchsten Zahlen getöteter oder verstümmelter Kinder stammen aus der Ukraine (477 Kinder wurden getötet, 909 verstümmelt) und aus den Palästinensischen Gebieten (insgesamt 1.134, die meisten davon wurden im Gazastreifen verwundet).

Rekrutierung von Kindern und deren Einsatz durch Streitkräfte und bewaffnete Gruppen

7.610 Fälle wurden 2022 bestätigt, ein Anstieg um 20 Prozent gegenüber 2021. Die meisten rekrutierten Kinder sind Jungen (87 Prozent aller Fälle, bei denen das Geschlecht dokumentiert ist). Es gibt jedoch einen Anstieg des Anteils von Mädchen, etwa in Somalia und der Zentralafrikanischen Republik.

Entführung von Kindern

Insgesamt 3.983 Fälle, in denen Kinder von Konfliktparteien entführt wurden, sind für 2022 dokumentiert. Die Zahl stieg damit seit dem bisherigen Höchststand 2021 (3.460 Fälle) weiter an. Die Demokratische Republik Kongo führt dabei mit 1.309 Fällen die Statistik an. In Myanmar, dem Südsudan und Burkina Faso stieg die Zahl der Entführungen deutlich an.

Sexualisierte Gewalt gegen Kinder

Vergewaltigungen und andere Formen sexualisierter Gewalt gegen Kinder wurden 1.159-mal verifiziert. Damit nahm die Zahl gegenüber 2021 um 12 Prozent ab. 98 Prozent der betroffenen Kinder waren Mädchen.

In den beiden Ländern mit den höchsten Zahlen – der Demokratischen Republik Kongo und Somalia – waren dies im Vergleich zum Vorjahr rückläufig.

Verweigerter Zugang zu humanitärer Hilfe

Drei Viertel aller Fälle seit 2005, in denen Hilfe verhindert wurde, ereigneten sich in den vergangenen fünf Jahren. 2022 wurden insgesamt 3.931 Situationen dokumentiert, in denen der Zugang zu humanitärer Hilfe unmöglich gemacht wurde. Dazu zählen Gewalt gegen humanitäre Teams, die Plünderung humanitärer Einrichtungen und Vorräte sowie praktische oder administrative Hindernisse. Ein einzelner Fall kann hier unter Umständen tausende Kinder betreffen, die dann keinen Zugang zu Schutz und Hilfe haben.

2022, also schon vor der aktuellen Eskalation der Gewalt, wurden aus den Palästinensischen Gebieten die meisten Vorfälle berichtet, insgesamt gab es 1.863 verifizierte Fälle. Die allermeisten betrafen verweigerter oder zu späte Reisegenehmigungen für Kinder, die für eine medizinische Behandlung den Gazastreifen verlassen sollten.

Kindern den Zugang zu humanitärer Hilfe zu verweigern sowie Angriffe auf humanitäre Teams, die Kinder unterstützen, können ein Kriegsverbrechen oder ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen.

Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser

Die Zahl der Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser nahmen im Vergleich zu 2021 um 74 Prozent zu: Sie stiegen auf 2.308. Hauptursache sind die zahlreichen Vorfälle in der Ukraine, wo insgesamt 781 dokumentiert wurden. Auch in Myanmar nahm die Zahl mit 227 Fällen deutlich zu. In dieser Kategorie wurden auch die militärische Nutzung sowie Angriffe auf Personal von Schulen und Krankenhäusern gezählt.

Forderungen von Save the Children

Staaten stehen in einer besonderen Verantwortung, Kinder in Konfliktgebieten vor schweren Verbrechen zu schützen und Verantwortliche für Kinderrechtsverletzungen zur Rechenschaft zu ziehen. Save the Children ruft Regierungen weltweit zu folgenden Maßnahmen auf:

Humanitäres Völkerrecht und Standards einhalten

- Staaten und bewaffnete Akteure müssen alle Regeln des humanitären Völkerrechts sowie internationaler Konventionen und Abkommen einhalten und dies von allen Konfliktparteien einfordern.
- Zudem sollten sie alle politischen Erklärungen und Maßnahmen, um Kinder in bewaffneten Konflikten zu schützen, unterzeichnen, anwenden und konkrete Maßnahmen umsetzen.
- Kinder, die in Verbindung zu bewaffneten Gruppen stehen, sollen vor allem als Kinder betrachtet werden.

Kinder in Konfliktgebieten gezielt unterstützen und Resilienz fördern

- Geber und Regierungen müssen anerkennen, dass Kinderschutzmaßnahmen lebenswichtig sind, und diese dementsprechend politisch und finanziell priorisieren.
- Die Menge und Qualität der Finanzierung muss verbessert werden.
- Kinderschutz sollte als Querschnittsaufgabe in die Programmplanung einbezogen werden.
- Geber und Regierungen sollten in präventive Maßnahmen investieren.

Zugang zu humanitärer Hilfe ermöglichen und die Hilfe selbst schützen

- Hierfür müssen alle Konfliktparteien einbezogen werden.
- Humanitäre Hilfe muss priorisiert werden, die Staaten müssen sich dafür stark machen.
- Auch Sanktionen und Maßnahmen gegen Terrorismus dürfen nicht verhindern, dass Hilfe diejenigen erreicht, die sie brauchen.

Verantwortliche zur Rechenschaft ziehen

- In den internationalen und nationalen Rechenschaftsmechanismen sollte die Untersuchung und Verfolgung von Verbrechen gegen Kinder priorisiert werden.
- Das Mandat der UN-Sonderbeauftragten für Kinder in bewaffneten Konflikten sollte diplomatisch und finanziell unterstützt werden.
- Bestehende Wege, um Verantwortliche zur Rechenschaft zu ziehen, sollten gefördert und bekannt gemacht werden.

Kinder anhören und einbeziehen

- Kinder sollten systematisch in Friedensprozesse, Konfliktpräventions-Initiativen und die Entwicklung von Strategien und Programmen zur Stärkung des Schutzes der von bewaffneten Konflikten betroffenen Kinder einbezogen werden.
- Es sollte sichergestellt sein, dass Kinder uneingeschränkt und aktiv an allen globalen, regionalen und nationalen Foren beteiligt werden, in denen es um ihre Rechte und ihre Zukunft geht.